

Fortgang des Siedlungsbaus trotz Bestätigung der EU-Sanktionen

Nach einem Exklusivbericht von „Haaretz“ hat die israelische Regierung am 11. November 2013 prinzipiell die Geltung der „Guidelines“ der Europäischen Kommission vom Juli – erarbeitet von Christian Berger, dem Leiter der Nahost-Abteilung der EU-Kommission, und Pierre Vimont, dem Stellvertreter der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton –, anerkannt, um an dem gemeinsamen europäischen Nahostprogramm „Horizon 2020“ teilnehmen zu können. Gemäß der Brüsseler Direktive dürfen EU-Einrichtungen an israelische Unternehmungen keine Finanzierungen und Kredite vornehmen oder Stipendien und Preise vergeben, wenn sie mit den Siedlungen in Verbindung stehen. Von israelischer Seite werde allerdings verlangt, dass die künftigen Grenzen zu einem künftigen Staat Palästina verhandelt werden müssten. Strittige Punkte sollen bis Ende dieser Woche ausgeräumt sein.

Gleichwohl stellt die israelische Regierung ungeachtet scharfer internationaler Proteste – genannt werden die USA, Frankreich, Deutschland und Großbritannien – die Ausschreibungen für den Bau von weiteren 24.000 Wohneinheiten in der Westbank zwar zunächst zurück, nachdem auch die Palästinensische Autonomiebehörde in diesem Falle mit dem Abbruch der Verhandlungen drohte. Allerdings betont Ministerpräsident Benjamin Netanyahu am 13. November, dass der Siedlungsbau fortgesetzt werde, und zwar „klug“. „In den vergangenen Monaten haben wir Tausende Wohnungen in Judäa und Samaria gebaut, und in den kommenden Monaten werden wir weitere viele tausend bauen“, erklärt Netanjahu vor der Knesset.

Gegenüber einem ägyptischen Fernsehsender teilt Präsident Machmud Abbas am selben Tag mit, dass die palästinensische Verhandlungsdelegation aufgrund der mangelnden Ergebnisse ihren

Rücktritt bekanntgegeben habe. Dennoch sollen die Verhandlungen mit Israel innerhalb einer Woche fortgesetzt werden, fügt Abbas gemäß der Agenturmeldung hinzu.

Quellen: Barak Ravid: Israel agrees to recognize EU ban on funding institutions in settlements, in „Haaretz“ 13.11.2013, S. 2; Chaim Levinson, Barak Ravid and Jonathan Lis: New tender for West Bank housing spurs rebukes from Netanyahu, State Dept., in „Haaretz“ 13.11.2013, S. 1; Herb Keinon and Lahav Harkov: Netanyahu vows to build ‘thousands more homes’ in settlements, in „The Jerusalem Post“ 13.11.2013; Reuters: Abbas: Palestinian delegation to peace resigns, in „Haaretz“ 14.11.2013, S. 2. Vgl. die Zeitleiste „Chronologie“ in dieser Homepage und die Dokumentation „Brüssel, Jerusalem und Washington: Sanktionen und Verhandlungen“: www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_documente/EU-Israel_19.07.13.pdf.
